Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 26. November 1925
Donnerstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr 20—22. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4753—68, 5950—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung kein Anspruch auf Nachlieferung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

64. Jahrgang
26. 11. a Nr. 557
10 Seiten

Zum Tage.

Am morgigen Freitag findet die Abstimmung über die Locarnovorlage im Reichstag statt. Mit einer gewissen Genugtuung wird man feststellen können, daß die Reichstagsdebatte bisher die parteipolitischen Gegensätze, die über Locarno aufkommen, nicht vertieft hat. Auch im Hinblick auf die zukünftige Zusammenfassung der Reichsregierung scheint uns diese Tatsache von besonderer Bedeutung zu sein. Wir glauben nicht, daß die Vorlage „gesteinigt" werden kann in ein Gesetz über Locarno und ein zweites Gesetz über den Eintritt in den Völkerbund. Zum Wer Locarno zustimmt, erteilt zugleich prinzipiell auch die Zustimmung zum Genfer Bund. In einem anderen Sinne aber dürfte sich zeigen, daß eigentlich bei keiner Partei, vielleicht die Sozialdemokratie ausgenommen, restlose Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Aktivpolitik besteht. Wir halten es für sehr wahrscheinlich, daß die Mehrheit der Regierung für den Artikel 2 des Gesetzes, eben den Eintritt in den Völkerbund, bedeutend kleiner sein wird als für Artikel 1. Die Regierung wird in diesem zweiten Artikel ermächtigt, „die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erforderlichen Schritte zu tun". In dem Locarnoer Pakt ist nirgends gesagt, wann der Eintritt in den Völkerbund erfolgen muß, von dem bekanntlich das Inkrafttreten der gesamten Verträge abhängig ist. Die Reichsregierung kann also das Eintrittsgesuch erst stellen, sobald die internationale Lage ihr das möglich macht. Zunächst kommt ein Eintritt in den Völkerbund sogar nach den Zusagen fast nicht in Frage, solange die erste Zone nicht geräumt ist. Als Endtermin für diese Räumung gibt die Note vom 16. November den 20. Februar an. Sollte bis dahin die Räumung tatsächlich so lange verzögert werden, so wird sich auch unser Eintrittsgesuch naturgemäß verzögern müssen. Dann können wir nicht in den Völkerbund eintreten, solange die Inspektionsbeschlüsse bestehen. Schließlich wird es niemand Deutschland übelnehmen, daß es seine Trümpfe auch in der Hand behält, um das Maß der in Aussicht gestellten Erleichterungen im Rheinlande abzuwarten. Für eine voraussichtliche Politik liegen unseres Erachtens hier Möglichkeiten, das Ergebnis von Locarno zu verbessern und zugleich innerpolitisch eine gewisse Wiederannäherung der Parteien herbeizuführen, die auch im Interesse der auswärtigen Politik nur warm begrüßt werden müßte.

★

Gestern hat man in Berlin den praktischen Arzt Dr. Hermann Weyl aus Genf getroffen, der sich, als Mäzenat weit und breit bekannt, in der Berliner Stadtverwaltung als sozialdemokratischer Stadtverordneter und zeitweise auch als Stadtverordnetenvorsteher einen Namen gemacht hat. Bei aller Anerkennung seines gewiß ehrlichen Strebens ist es doch unverneidbar, zu sagen, daß er häufig von seiner parteipolitischen Einbildung nicht los kam, und daß er sich auch bei Fragen der sozialen Fürsorge, die mit Parteipolitik an sich nichts zu tun haben, oftmals das Parteiinteresse in den Vordergrund stellte. Die Zerrissenheit seiner Einsichten nahm einen würdigen Verlauf, der nur am Schlusse dadurch gestört wurde, daß als Vertreter der Vereinigung sozialdemokratischer Ärzte der Abgeordnete Dr. Moses das Wort ergriff und am Sarge des Toten eine Propagandarede gehaltener Art gegen die „bürgerlichen" Ärzte hielt. Kennzeichnend für das Niveau seiner Ausführungen ist folgender Satz, dem wir dem „Vorwärts" entnehmen: „Deshalb wurde er (Dr. Weyl) von vielen gehaßt, da es nicht ertragen konnten, daß man ihnen die Wahrheit sagte, die nicht einsehen wollten, daß der Kampf um die Volksgesundheit ein politischer Kampf ist". Ganz abgesehen von dieser Verstiegenheit, die so töricht ist, daß sie keines abweisenden Kommentares bedarf, muß die Geschmacklosigkeit in Erstaunen setzen, die man gehabt hat, vor einer Trauerversammlung, in der Angehörige aller Parteien vertreten waren, einen parteipolitischen Sermon vom Stapel zu lassen. Dr. Moses scheint zu der Kategorie von Menschen zu gehören, denen die Eigenschaft des Taktgefühls nicht angeboren ist. Er hätte, meinen wir, Gelegenheit nehmen sollen, sich für den Schaden zu entschuldigen, den er in dieser Weise auf ihren Schiffen zu behandeln wie die ihres eigenen Landes.

★

Der Baker Staat hat augenblicklich schwere Sorge mit denjenigen unter seinen Kindern, die früher einmal, als es uns noch besser ging, auf die merkwürdige Idee verfielen, Maler oder Bildhauer zu werden und sich damit als Träger der deutschen Kultur zu etablieren. Heute, da jeder Mann das tägliche Brot und des Leibes Nahrung und Notdurft des Interesse der Bevölkerung in Anspruch nehmen müßte, die Handelsbeziehungen können wiederhergestellt werden, wenn die Industrieleute die erforderlichen Garantien erhalten. In der Zwischenzeit soll zunächst ein Handelsagent in Aufland ernannt werden.

Der ungarische Ministerpräsident über die Königsfrage.

kbg. **Wien**, 26. 11. (Eigenbericht.)

In der ungarischen Nationalversammlung hat der Ministerpräsident Bethlen die Beantwortung einer Anfrage über die Stellung der Regierung in der Königsfrage die Erklärung abgegeben, daß er die Dauer seiner Amtstätigkeit jede Königsfrage übernahme, daß in diesen Falle den Staat vertritt, auch dort diese heftenden Einkäufe macht. Ist es aber auch, so muß man fragen, recht und billig, daß die Allgemeinheit, die doch ebenfalls eine Institution ist, ihrerseits von diesen Staatsankäufen bezahlen, von dem Geld, das die Maler das vom Staat für ihre Arbeiten auf dem Umweg über die Akademie bekommen, jetzt wieder Prozente erhebt? Es ist ein ständiger und an sich berechtigter Brauch, daß private Ausstellungen der Kunsthändler und der Kunstvereinigungen zur Deckung der Unkosten diese Abzüge vom Kaufpreis vornehmen. Aber ist es nicht beinahe ein höchst heikles, daß ein staatliches Institut, über welches der Staat die Künstler zu unterstützen versucht, seinerseits die Preise dieser Unterstützung auch wieder etwas beanspruchte? Es soll Leute geben, die das nicht nur unbillig, sondern sogar etwas komisch finden.

Herriots schwierige Aufgabe.

Die Herrschaftsgelüste der Sozialistischen Partei.

a. **Paris**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Der Beschluß der sozialistischen Partei, bereit zu sein, die Regierung selbst zu übernehmen, oder in Zusammenarbeit mit den Bundesfreisten Parteien, ist noch keine gron Tage alt, aber jeden zeigt sich, daß es allzu früh gewesen, heute zu glauben, daß die Sozialisten nunmehr ihre Vorsicht für eine zweideutige Haltung aufgegeben hätten. Herriot, der über diese Taktik der Sozialisten noch von seiner Regierungszeit her so manche unangenehme Erinnerung haben dürfte, mußte dieser

Abhängigkeit von den sozialistischen Plänen

sofort wieder kommen, als er in Fühlung mit der Regierungsbildung betraut, das Elysee verlassen hatte und sich mit den verschiedenen Vertretern der linken Gruppen zusammen und bei Senatsamt zu Beratung der Frage eines gemeinsamen Finanzprojektes — das heißt, die Gesamtheit der Gruppen, die bei der jetzigen Krise — zusammenzutreten. Herriot verlangte von den Führern der Gruppen eine klare Stellungnahme zu den entscheidenden Finanzfragen und wünschte klare Erklärungen über die Haltung der einzelnen Gruppen einem neuen Kabinett Herriot gegenüber. Es zeigt sich, daß die Wünsche der Gruppen derartig auseinandergehen, daß sie nur sehr schwer unter einen Hut gebracht werden können. Ein Ausschuß, in dem sich Malvy, Loucheur, Blum und Briand befinden, wird diesen Versuch wagen.

Nur allem aber erklärten die Sozialisten zur größten Ueberraschung der Versammelten, daß sie ihre berühmte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien nur so verstanden hätten, daß sie in einem Koalitionskabinett vorwieren. Eine Zusammenarbeit mit den sozialistischen Radikalen allein müßten sie sich vorerst noch überlegen, und Herriot werde hierüber heute mittag Bescheid erhalten.

Um zu dieser Entscheidung zu gelangen, verhandelten die Sozialisten mit Herriot bis 1 Uhr morgens. Also scheint denn glücklich

das Spiel mit den bürgerlichen Parteien

von neuem von den Sozialisten fortgesetzt zu werden, und zwar nun gegen diese Parteien, die sich immer wieder von den Sozialisten am Bängelband führen ließen, sondern der allem zum Schaden des Landes. Daß Herriot selbst nicht allzu große Hoffnungen auf das Gelingen seiner Mission hegt, dürfte sich schon aus dem Umstande ergeben, daß er die Ministerpräsidenten und die Regierungsbildung übernimmt, vom Präsidenten der Republik eine Bedenkzeit von 48 Stunden verlangte.

Das deutsch-holländische Handelsabkommen.

Das neue deutsch-holländische Handelsabkommen gestaltet in zwei Hauptteile. Im ersten Teil wird Holland die Meistbegünstigung gewährt, die es bisher formell noch nicht besaß. Im zweiten Teil werden Holland Konzessionen in bezug auf die Zollsätze gemacht. Als Ausgleich für diese Zugeständnisse verlangert Holland das Kreditabkommen, nach dem die Rückzahlungen deutscher Anleihe am 1. Januar 1930 fällig war, als am 1. Januar 1937. Die für die Anleihe zu zahlenden Zinsen werden mit Wirkung vom 1. Januar 1927 von 6 Prozent auf 5½ Prozent herabgesetzt.

Schwedisch-norwegischer Schiedsgerichtsvertrag.

Oslo, 26. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Zwischen Norwegen und Schweden ist gestern ein Schiedsgerichtsvertrag mit 12 Paragraphen abgeschlossen worden. Alle Konflikte, die nicht ohne weiteres schon der Rechtsprechung des ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag unterstehen, werden durch Schiedsgerichte geschlichtet, die für jeden Sonderfall ernannt werden. Das Abkommen bedarf der Ratifizierung durch den norwegischen und schwedischen Reichstag.

★

London, 26. 11. (W. T. B.) Ein Schiedsvertrag zwischen Großbritannien und Siam ist gestern im Foreign Office unterzeichnet worden.

★

fr. **Mailand**, 26. 11. (Eigenbericht.) Im Rom ist gestern von Mussolini und dem spanischen Botschafter ein Auswanderervertrag unterzeichnet worden, in dem beide Länder sich verpflichten, die Auswanderer des anderen Landes in der gleichen Weise auf ihren Schiffen zu behandeln wie die ihres eigenen Landes.

Belgien und die Anerkennung der Sowjetregierung.

Brüssel, 26. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Die Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich erneut mit der Anerkennung Sowjetrußlands. Man war der Ansicht, daß jeder Aufnahme von Handelsbeziehungen die Anerkennung voranzusehen müsse. Die Handelsbeziehungen können wiederhergestellt werden, wenn die Industrieleute die erforderlichen Garantien erhalten. In der Zwischenzeit soll zunächst ein Handelsagent in Rußland ernannt werden.

Rückwirkung im „Geist von Locarno."

Die Truppenverstärkung in Jülich und Trier.

Jülich, 26. 11. (W. T. B.) **In der Stadtverordnetenversammlung teilte Bürgermeister Kinzen mit, daß entgegen der ihm vom Generaldelegierten bei der Reichsbeurgsverwaltung in Koblenz gemachten Mitteilung, die am 12. November erfolgte Anforderung von weiteren 145 Wohnungen für die Verstärkung der Garnison nach der Räumung der ersten Zone bei der Stadtverwaltung eingegangen sei. Tatsächlich begann das belgische Wohnungsamt mit der Aufnahme von Wohnungen. In Anbetracht der dadurch in der Bevölkerung entstandenen Beunruhigung nahm die Stadtverordnetenversammlung einstimmig eine Entschließung an, worin die in Betracht kommenden deutschen Behörden um nachdrücklichen Schutz gegen jede nochmalige Belastung der Bürgerschaft gebeten werden.**

★

Paris, 26. 11. „Journal" meldet, daß die deutsche Regierung den Botschafter v. Hoesch beauftragt habe, bei der französischen Regierung gegen die Vermehrung der Truppen in Trier Protest einzulegen.

Herriot gegen Tirard.

a. **Paris**, 26. 11. (Eigenbericht.)

In der „Grre Nouvelle" greift der sozialistische Abgeordnete Herriot wieder einmal den Oberkommissar im Rheinlande, Tirard, heftig an und fordert die Regierung zu dem neu ernannten deutschen Oberkommissar, dessen Fähigkeiten offen anerkannt werden. Im Gegenzug dazu wird der deutsche Oberkommissar einen durch Separatistenbetreuer kompromittierten französischen Beamten von sich finden. Im Gegenzug dazu wird das Blatt die Unterschrift des von den deutschen Oberkommissariat in Koblenz herausgegebenen Nicht-Blatt-Blattes, das nur unnütze Reden verursacht und durch seine tendenziöse Haltung natürlich auf keinen Deutschen Eindruck macht.

Rückkehr der englischen Rheinflotte nach England.

Köln, 26. 11. (T. U.) Die „Kölnische Zeitung" meldet, daß die aus mehreren kleinen Einheiten bestehende Rheinflotte nach England zurückkehrt. Wie weiter verlautet, wird am 1. Dezember ein Geschwader des Mittelmeer-Manöverflotte nach Königsheim im Taunus verlegt werden.

England und die „Kadover"-Lüge.

London, 26. 11. (W. T. B.) „Evening Standard" sagt zu der gestrigen Erklärung des Kriegsministers über die Kadover-Lüge, es sei nicht anzunehmen, daß diese Erklärung die Angelegenheit erledige. Der Kernpunkt der Sache sei, daß kein einziges Bureaupapier, das Kadover Bedeutung sei, daß tatsächlich menschliche Leichen in dieser Weise verwertet wurden, und unter diesen limitanden sollte diese Geschichte ausdrücklich und nicht mit vagen Bemerkungen dementiert werden.

Polen — Locarno — Deutschland.

Warschau, 26. 11. (W. T. B.)

Ministerpräsident und Minister des Aeußern Graf Skrzynski sagte in seiner gestern in der Kammer abgegebenen programmatischen Erklärung:

Die neue Regierung habe nicht die Absicht, am Militärbudget beteiligte Ersparnisse vorzunehmen, sondern die Budgetziffern werden gleichmäßig auf alle Ressorts verteilt werden. Bei Besprechung der außenpolitischen Lage unterstrich der Ministerpräsident die guten Beziehungen Polens zu Frankreich, die niemals enger, besser und klarer gewesen seien als jetzt. In unser Verhältnis zu unseren deutschen Nachbarn, sagte Skrzynski, „kam eine Zeitlang von ungeduldiger politischer Bedeutung: Locarno! geweiste nicht, daß sich entsprechend der Bedeutung der dort abgeschlossenen Verträge unser Verhältnis zu Deutschland in einer Weise von ungeahnt, die beiden Nachbarn Nutzen bringen wird. In diesem Geist treten wir auch neue in die Handelsvertragsverhandlungen mit der Reichsregierung ein, wobei wir wünschen, daß sie in raschem Tempo fortschreiten und bei beherrschtigem guten Willen abschließbarer sein dem beiderseitigen Interesse der Dinge ein Ende machen."

Locarno, Optantenstrage und Abrüstung.

London, 26. 11. (W. T. B.) Auf Anfragen Lord Bayrnons erwiderte, sagte Lord Cecil gestern im Oberhaus, er möchte hervorheben, daß die erste Handlung des Grafen Skrzynski sofort nach seiner Rückkehr von Locarno gewesen zu sein scheine, die Einstellung der Ausweisung der deutschen Optanten anzuordnen. Es sei sehr wünschenswert, daß bei der Erledigung der Optantenfrage die gleiche Großmutter bezüglich der polnischen Optanten erwiesen ist worden. Das ist sehr wünschenswert, daß bei der Erledigung des Gesetzes von Locarno, und er glaube, es sei ein gutes Vorzeichen für eine wirksame Erledigung der Verpflichtungen und Verbindungen, die bei dieser Gelegenheit von Polen und von Deutschland zuletzt übernommen wurden.

Auf die Frage der Abrüstung sagte Lord Cecil, nach Ansicht der Regierung sei die wesentlichste Faktor zur Besiedlung der Welt: es sei aber auch wahr, daß sehr große Schwierigkeiten bestünden. Die Völkerbundsversammlung dieses Jahres ist der Ansicht gewesen, daß eine internationale Konferenz stattfinden müsse, und die Regierung der Ministerpräsidenten, die eine entgegenkommende Untersuchung der Grundlage erlassen müsse, und denen die Abrüstung von Haiti gegen Königsberg, die Ausweisung einer Konferenz einzuberufen, wenn man nichts über die Frage, auf der sie arbeiten sollen. Der von Völkerbundsrat für diese Frage ernannte Ausschuß werde am 8. 12. zusammentreten, und die Regierung habe die Zusicherung erhalten, daß sie ihre Vertreter im Ausschuß aufzutreten. Die Regierung nehme die Sache durchaus ernst und werde seinergzeit eigene Sachverständige in Vorschlag haben. **Die Verpflichtung zur Abrüstung sei nicht nur im Versailler „Vertrag", sondern auch in der Kriminstreke Form im Locarnoprotokoll enthalten.** Weiter sprach Cecil die Sympathie der Regierung für den Schiedsgerichtsgedanken aus.

★

fr. **Mailand**, 26. 11. (Eigenbericht.) Der Abschluß der italienisch-spanischen Verhandlungen über die Räumung der Kreuzaks wird jetzt aus Rom bestätigt. Die Dale Disharbuk wird am Italien folgen.

Unterzeichnung durch die Minister.

Unterschrift durch die Botschafter nach Belieben.

kbg. **Wien**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Der tschechische Außenminister Dr. Beneš reist Sonnabend, der polnische Ministerpräsident Skrzynski am 27. d. M. nach London zur Unterzeichnung des Locarno-Abkommens.

★

a. **Paris**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Der offiziöse „Petit Parisien" ist der Meinung, daß die deutsche Regierung die Unterzeichnung der Locarno-Verträge durch die Botschafter erfolgen würde. Die deutsche Regierung befürchte, daß, wenn die Unterzeichnung mit allzu viel Lärm geschehe, ihr nur wieder neue Schwierigkeiten mit den „Nationalisten" entstehen würden. Im Gegenteil hierzu wünsche Briand die Unterzeichnung selbst vorzunehmen, und Skrzynski und Beneš sollen bereits erklärt haben, zur Unterfertigung der Locarno-Verträge persönlich in London erscheinen zu wollen.

London, 26. 11. Reuter erfährt: In verantwortlichen Kreisen Londons ist über eine Anderung in den Vorbedingungen für die Unterzeichnung des Sicherheitspakts am 1. Dezember und für die persönliche Teilnahme der fremden Außenminister nichts bekannt. Die Meinung besteht weiter, wenn die beteiligten Regierungen es unter den gegebenen Umständen für besser finden würden, sich von ihren Botschaftern und Gesandten in London vertreten zu lassen, würde ein solches Arrangement für die britische Regierung natürlich durchaus annehmbar sein. — Nach einer Meldung der „Morning Post" aus Rom soll jetzt endgültig beschlossen worden sein, daß Mussolini an der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages in London am 1. Dezember nicht teilnehmen wird. „Westminster Gazette" rechnet mit der Anwesenheit Luthers, Stresemanns, Briands, Vandervelde, Benešs, Skrzynskis und Scialojas bei der Unterzeichnung.

Wer unterschreibt für das Reich?

Wie wir bereits berichteten, ist damit zu rechnen, daß die deutsche Unterschrift in London nicht vom deutschen Botschafter, sondern von den zuständigen Mitgliedern des Kabinetts, d. h. dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister, vollzogen werden wird. Dies setzt voraus, daß das französische Kabinett gleichfalls durch eine ministerielle Delegation vertreten ist, deshalb vom Herriot amtierenden oder vom kommenden Kabinett. Anderenfalls würde allerdings der deutsche Botschafter in London unterzeichnen.

Die deutsche Regierung würde spätestens am Sonntag nachmittag Berlin zu verlassen haben, um am Dienstag vormittag an dem Abschluß der Verhandlungen von Locarno teilnehmen zu können. Denn erst ist zu sagen, daß sie nur aus wenigen Köpfen bestehen wird; ihre Zusammensetzung ist noch nicht endgültig geregelt.

★

Der „Friedenspakt" der chinesischen Generäle.

Peking, 25. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Die einzigen Bedingungen des Friedenspakts zwischen Chang Tso-lin und General Feng sind noch nicht bekannt. Tatsache ist jedoch, daß die Kontrolle über die Eisenbahn von Peking bis an die Grenze von Hupeh ist so an die Partei des Generals Feng übergegangen. Chang Tso-lin bleibt im Osten von Chili und erhält die Kontrolle über den nördlichen Teil der Bahnstrecke. Die Kontrolle über Tschkiang verluchte in Schanting einzubringen und wird von dem Gouverneur von Honan unterstützt, der entschlossen ist, mobilisiert von General Feng handelt. Wu Peifu ist noch in Hankau.

Der Ausschuß der Zollkonferenz hat die Frage der Aufhebung der neuen Mehrennahmen zur Sicherung der ungedeckten Schulden verwendet werden sollen. Ferner wurde der von den verschiedenen Plan über die Abschaffung des Likins erörtert. Die Fragen sind sehr kompliziert, und die Diskussion dürfte noch längere Zeit andauern.

★

Hongkong, 26. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Aus Kanton ist eine Delegation von Kaufleuten eingetroffen, die mit Hongkonger Kaufleuten eine Konferenz über die Beilegung des Boykotts abhalten will. Die Atmosphäre war sehr herzlich; aber gleichzeitig kommt Kanton mit der vorherigen Plan über die Abschaffung des Likins erörtert. Die Fragen sind sehr kompliziert, und die Diskussion dürfte noch längere Zeit andauern.

★

Hongkong, 26. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Aus Kanton ist eine Delegation von Kaufleuten eingetroffen, die mit Hongkonger Kaufleuten eine Konferenz über die Beilegung des Boykotts abhalten will. Die Atmosphäre war sehr herzlich; aber gleichzeitig kommt Kanton mit der vorherigen Plan über die Abschaffung des Likins erörtert. Die Fragen sind sehr kompliziert, und die Diskussion dürfte noch längere Zeit andauern.

Die Eröffnung der Automobilausstellung.

In Anwesenheit des Reichspräsidenten.

Donnerstag vormittag um 11 Uhr fand die feierliche Eröffnung der Deutschen Automobilausstellung in den neuen Autohallen am Kaiserdamm statt. Eine überaus große Anzahl von Ehrengästen füllte den Raum. Unter den Anwesenden bemerkte man zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, unter ihnen den Reichsarbeitsminister Dr. Brauner, den Reichspostminister Stingl. Auch die Organisationen der Automobilindustrie, der Wirtschaft und des Sports waren sehr stark vertreten.

Fanfarenklänge kündigten sodann das Nahen des Reichspräsidenten an, der sich in Begleitung des Reichskanzlers Marx, des Reichsministers Stresemann, des Reichspräsidenten v. Hindenburg wurde von den Reichsarbeitsministern Brauner, der Deutschen Automobilindustrie, Geh. Rat Dr. Wilhelm v. Opel, auf den über dem Haupteingang gelegenen, reich mit Blumen geschmückten Balkon geleitet. Der Gesang eines Männerchors, das Deutsche Lied vortrug, leitete die Eröffnungsfeier ein.

Hierauf begrüßte Geh. Rat Dr. v. Opel im Namen des Deutschen Automobil-Clubs und des Reichsverbandes der deutschen Automobilindustrie den Reichspräsidenten und die anwesenden Minister. Er betonte, daß sich in der deutschen Automobilindustrie Kopf- und Handarbeiter zusammengeschlossen hätten, um qualitative Höchstleistungen im Interesse der deutschen Volkswirtschaft hervorzubringen. Die Anwesenheit des Reichspräsidenten sei für die deutsche Automobilindustrie ein Zeichen dafür, daß sie von der Regierung als eine nationale Industrie angesehen werde. Geh. Rat Dr. v. Opel wies dann in einem Rückblick auf die Wirtschaftslage der deutschen Automobilindustrie auf die Schwierigkeiten hin, die dieser Industrie durch Kriegszeit, Inflation, aber auch durch die Ausfuhr von ausländischen Erzeugnissen bereitet würden. Die Produktion sei in Deutschland von 30 000 Wagen im Vorjahre auf 100 000 gestiegen, was die Notwendigkeit eines Exports ergebe. Die heutige Automobile könnten in konkurrutiver Beziehung, wie auch auf sportlichem Gebiete, was die vielen Erfolge bewiesen hätten, durchaus konkurrieren. Es wäre ein unbeschreiblich nationales Unglück, wenn die Reichsregierung darauf verzichten würde, ein so wichtiges Verkehrsmittel, wie das Automobil darstelle, selbst im Ganzen erzeugen zu lassen. Die ausländische Automobilindustrie habe bisher leider in viel stärkerem Maße als in Deutschland die Unterstützungen der Regierungen gefunden. Geh. Rat v. Opel richtete zum Schluß an das gesamte deutsche Volk den Appell, deutsche Erzeugnisse zu kaufen und wies dabei darauf hin, daß durch jeden im Ausland gekauften Wagen drei Arbeiter mit ihren Familien für ein Jahr des Erwerbs würden. Er schloß mit dem Wunsche, daß Volk, Regierung und Automobilindustrie einmütig zusammengehen möge. Der Erfolg könne dann nicht ausbleiben. Er bat sodann den Reichspräsidenten v. Hindenburg, ihm die Genehmigung zu erteilen, die Ausstellung für eröffnet zu erklären.

Der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes schloß die Eröffnungsfeier. Reichspräsident v. Hindenburg, der beim Betreten der Halle stürmisch begrüßt wurde, trat dann einen Rundgang durch die Ausstellung an.

Stürmische Aussprache im bayerischen Landtag.

ku. **München**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Die Aussprache, die vom bayerischen Landtag in dem für die Landtagsfraktionen eingeräumten Zwischenausschuß mit der bayerischen Regierung über deren Haltung im Reichsrat zu den Locarno-Verträgen und zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gepflogen wird, geht heute nun schon in ihr dritten Tag. Der ursprüngliche Plan, die Haltung der bayerischen Regierung zu billigen oder abzulehnen, ist in der Debatte mehr und mehr verschoben worden. Die Aussprache nimmt den Charakter der Kritik an dem Locarno-Vertrag an und entfernt sich immer mehr von der Erörterung der Haltung der bayerischen Regierung. Mit Bedauern wird darauf hingewiesen, daß in Form des Locarno-Vertrages erörtert.

Der Ministerpräsident faßte heute noch einmal die Haltung der Regierung für seine Haltung im Reichsrat zusammen. Der Umstand, daß in Bayern die Fraktion der Deutschnationalen der Regierungsfraktion angehöre, habe in diesem Stadium der Erwägungen die Haltung der bayerischen Regierung ungemein beeinflußt. Unter Ausschaltung aller parteipolitischen Erwägungen sei nur das Interesse des ganzen Volkes in Betracht gekommen. Deutschland müsse nun endlich einmal wieder Ruhe haben, und deshalb sei immer nur Objekt der Außenpolitik zu sein.

Als der Ministerpräsident dem Reichsaußenminister Stresemann die gute Absicht für seine Arbeit bescheinigte, daß er ein Bruder Luxus, er sei ein Landesverräter, ein Henker des deutschen Volkes, mit Nachdruck zurückte, sich sich bei der Abstimmung über die nationalsozialistischen Anträge gegen den Vertrag von Locarno und gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abgelehnt, und zwar gegen die Stimmen der Völkischen, Nationalsozialisten und Deutschnationalen.

Mittelstand und Beamtentum.

Es ist ein großes Verdienst des bayerischen Statistischen Landesamtes, daß es in einer Denkschrift (von Dr. Heller verfaßten) über die Verelendung des Mittelstandes ausgezeichnetes Material zur Beurteilung eines der wichtigsten sozialen Probleme unserer Zeit geliefert hat. Die Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die für unser Volk ungleich bedeutungsvoller war als die staatsrechtliche Umwälzung, hat neben dem Aufstieg der Arbeiterklasse eine völlige Veränderung jener Schichten gebracht, die, zwischen Kapital und Arbeit gelagert, als Mittelstand bezeichnet werden. Verbinden sich auch bestimmte Vorstellungen mit diesem Worte, so ist es doch sehr schwer, eine klare, allgemein anerkannte Definition des Mittelstandsbegriffes zu geben, so schwer, daß Gotheim ihn ablehnen und poetica konnte: Was man nicht definieren kann, sieht man als Mittelstand an. Drei Bestimmungsmomente führen uns dem Verständnis näher: Besitz (bezw. Einkommen), Beruf und ein gewisses Gemeinschaftsgefühl, das freilich — im Gegensatz zum Proletariat — äußerst schwach entwickelt ist. Die Interessen der einzelnen Gruppen des Mittelstandes sind nur selten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Bezeichnet man die übliche Einteilung in alten (Handwerk, Kleinhandel, Bauerntum) und neuen Mittelstand (Beamte, Angestellte, freie Berufe), so erkennt man sofort die Mannigfaltigkeit und Widersprüchsfülle der Interessen, auf die auch die bayerische Denkschrift aufmerksam macht: „Der Führodem meiner Zeile des neuen Mittelstandes ist der kapitalistische Großbetrieb, er ist zugleich der stärkste Gegner des alten Mittelstandes. Konsumvereine und Warenhäuser werden von einer unterstützt, vom anderen bekämpft, hier wird eine kräftige Sozialpolitik gefordert, dort wegen der besonderen Belastung des Kleinbetriebes abgelehnt. Im Kriege und in der Inflation war der neue Mittelstand zunächst als Konsumentenschicht, der alte als Produzentenschicht orientiert, die eine Seite verlangte niedere Preise und ein starkes Wertbeständigkeitsrecht, die andere den Wiederbeschaffungspreis und das Aufsteigen jeder Steigerten Preispolitik, sowohl in nicht gegen die Kartelle gerichtet war. Der Interessengegensätze ließen es auch nie zu einer einheitlichen Mittelstandspolitik kommen."

Die Verelendung des Mittelstandes ist sicherlich zu einem großen Teil auf diese inneren Gegensätze zurückführen. Während Kapital und Arbeit, in gewaltigen Verbänden organisiert, ihre Interessen zu sichern versuchen, der Sturmen trotzen und als ausschlaggebende Machtfaktoren die Politik des Staates bestimmen können, drohte der Mittelstand zerrieben, einer gemeinsamen Interessenvertretung nicht zugänglich Mittelstand zwischen den beiden sozialen Gegnern gerrmahlen zu werden. Die Wirtschaft soll — nach einem wie oft aufsprechenden Worte — als das Schicksal des Volkes. Kein Wunder, daß gerade die Kreise, deren kapitalistische Wirtschaftsgesinnung von vornherein bestimmt sind, und diesbezüglich hinter idealen Zwecken zurücktrat, den Anforderungen der Zeit nicht ganz gewachsen waren. Die materielle Basis des Mittelstandes — um diesen handelt es sich hier in erster Linie — wurde in der Umwälzung aller Vermögenswerte zerschlagen; deshalb ist doch vor allem in Sparkapital, rentenbringenden Anleihen, deren Schicksal von der Inflation besiegelt worden ist. Und schließlich: in den Jahren, in denen das ganze Volk um die Erhaltung des nackten Lebens, um Brot und Arbeit kämpfte, mußten die Bestrebungen höherer, geistiger Ansprüche und mit ihr die Träger unseres Kulturlebens in den Hintergrund treten, so verhängnisvoll auch die Folgen dieser Entwicklung zu werden drohten. Je ärmer das Volk, um so schlechter gestaltet sich die Lage der Kreise, denen man mit mehr oder weniger Recht die „produktive" Arbeit abzusprechen pflegt. Daß man freilich mit dieser Abwertung zu den törichsten Behauptungen kam, daß besonders die Einschätzung des Beamtentums gezeigt, das man einfach in die Kategorie der „Unproduktiven" einordnete und danach behandelte. Die für die Wirtschaftsführung notwendigen, das Wesen der Sache aber nur selten erfassende Einteilung einer Betriebsbelegschaft in „produktive" und „unproduktive" Kräfte wurde in die Gesellschaftsschichten und die Bevölkerung unseres Volkes übertragen. Gewiß haben sich zahlreiche Beamte — meist unter dem Zwang unsinniger Gesetze oder Verordnungen Beschäftigten, denen die Hauptschuld zukommt — als sehr „unproduktiv" erwiesen; Herr Bürokratius wird sich von diesem Vorwurf nicht hören lassen. Andererseits können solche Beamte größere Bedeutsame um die Produktion für sich in Anspruch nehmen als manche im Wirtschaftsleben stehende Personen, die ihre eigene Bedeutung gar zu sehr überschätzen.

Wie unter dem Einfluß dieser ökonomischen und geistigen Entwicklung der deutsche höhere und mittlere Beamte, den wir hier als den typischen Beamtenstand bezeichnen, in den Vordergrund stellen, gelitten hat, legt die bayerische Denkschrift ausführlich dar. Schon vor dem Krieg war das Glück des Beamten nicht in seinem Einkommen beschlossen. Trotzdem richteten sich Neid und Mißgunst großer Massen gegen die erheblichen Gehaltsspannungen, die zwischen den einzelnen Beamtengruppen bestanden, und vielfach wurde sich wieder Kräfte, die in pseudodemokratischer Nivellierung die höchste Weisheit staatlicher Besoldungspolitik erblicken. Sieht man einmal von dem selbstverständlichen Zusammenhang zwischen Qualitätsarbeit und Qualitätslohn voraussetzt, so muß man doch noch einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Gehalt des unteren und dem Gehalt des höheren Beamten erblicken, daß letzteres die Verzinsung und Amortisation eines Kapitals enthält, das der Beamte für seine langwierige, schwere Ausbildung aufwenden hat. Der bewährte Statistiker Engel hat einmal vorrechnet, für die 70er Jahre die Selbstkostenelemente für die Erhaltung und die Amortisation des Bildungskapitals des Beamten und seiner Frau zu errechnen; da ergab sich, daß beim höheren und mittleren Beamten das fiktive Gehalt um 15 bzw. 18 % hinter den „Produktionskosten" zurückstieb; nur beim Unterbeamten zeigte sich

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.